

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

Auf dem Gipfeltreffen der Staaten des Warschauer Pakts am 7. Juli 1989 hob der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow die Breschnew-Doktrin auf. Damit war die bisher beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten offiziell beendet. Die für die Auslandsspionage tätige Hauptverwaltung A (HV A) berichtete, wie Bonner Regierungskreise auf den Warschauer-Pakt-Gipfel reagierten.

Im Sommer 1989 war bereits seit Monaten zu erkennen, dass sich die DDR-Führung mit ihrem reformfeindlichen Kurs von den Entwicklungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten isolierte (vgl. 7.4.1989). Auch der SED-Spitze war das nicht verborgen geblieben, sie wiegte sich aber in dem Glauben, die DDR sei eine Insel der Stabilität, während die Reformstaaten (Ungarn, Polen und Sowjetunion) immer tiefer in Turbulenzen gerieten. Im Juni und Juli 1989 kamen mehrere Ereignisse zusammen, die zeigten, wie illusionär die Auffassung war, die DDR könne sich dem entziehen.

Am 6. Juli sprach der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Straßburg und machte deutlich, dass die Sowjetunion nicht mehr den Anspruch erhob, über den Charakter des politischen Systems in den kleineren osteuropäischen Staaten zu bestimmen.

Am nächsten Tag fand in Bukarest das letzte Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten vor dem revolutionären Herbst statt. Reformer und Dogmatiker standen einander mit unvereinbaren Positionen gegenüber. In der Abschlusserklärung einigte man sich auf eine Kompromissformel: "Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktieren, keiner darf sich die Rolle eines Richters oder Schiedsrichters anmaßen." In den Stasi-Unterlagen hat dieses bedeutsame Ereignis (nach bisherigem Kenntnisstand) kaum Spuren hinterlassen. Aber über einen Umweg gelangte doch eine interessante Information in das Archiv: Die Spionageabteilung des MfS, die Hauptverwaltung A (HV A), berichtete, wie der Warschauer-Pakt-Gipfel in Bonner Regierungskreisen eingeschätzt wurde.

Dieses Papier war für die Mitglieder des SED-Politbüros bestimmt. Es informiert über die westliche Reaktion auf das letzte Gipfeltreffen der Ostblock-Staaten vor der Herbstrevolution, der Tagung des "Politischen Beratenden Ausschusses" (PBA) der Warschauer Vertragsorganisation. Grundlage waren offenbar vertrauliche Informationen, die Agenten der HV A, in der Bundesrepublik beschafft hatten.

Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, Bl. 99-103

Metadaten

Datum: 22.8.1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
<div>Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!</div>	<div>7. Hen vern. 9.10.89 2. J10 3. Ax 4. Hag 5. Krieb 6. Krieb 7. Kre 8. Mi4 9. Jö 10. FS</div>
Nr. 387 / 89	<div>BStU 000099</div> <div>Berlin, den 22.08.89</div> <div>5. Blatt 15. Exemplar</div>

INFORMATION
über

die Bewertung der PBA-Tagung des Warschauer Vertrages vom 7./8. Juli 1989 in Bukarest durch führende BRD-Regierungskreise

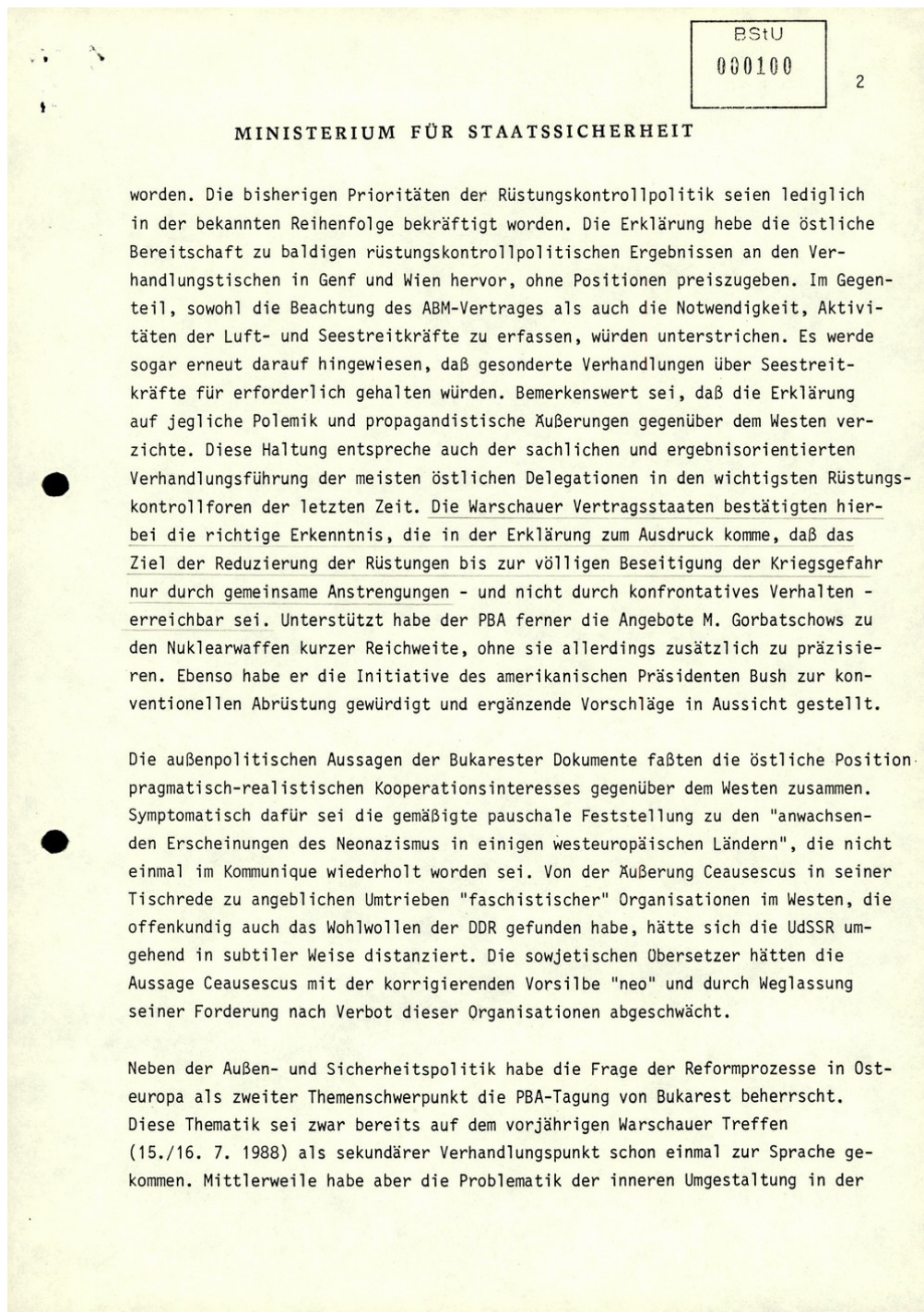
Kompetente Regierungskreise der BRD schätzten ein, daß der Verlauf und die Ergebnisse der Bukarester PBA-Tagung in starkem Maße von den zunehmenden reformpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages bestimmt worden seien. Der reformpolitische Dissens habe sich sowohl in den beiden beschlossenen Konferenzdokumenten niedergeschlagen als auch eine hektische politische Betriebsamkeit am Rande des Treffens verursacht. Die Erklärung und das Kommunique zeigten eine unterschiedliche politische Akzentuierung. Während die an den Westen adressierte gemeinsame Deklaration noch nachhaltiger als die von Warschau (1988) vom Geist des neuen Denkens geprägt sei und insoweit den Einfluß M. Gorbatschows erkennen lasse, reflektiere das stärker kompromißgeprägte Kommunique deutlicher die Positionen und Vorbehalte der orthodoxen Warschauer Vertragsstaaten. Insbesondere die multilateralen Begegnungen, aber auch die sowjetisch-rumänischen Gespräche sowie das ungarisch-rumänische Treffen hätten im Zeichen erheblicher Differenzen gestanden, die die diesjährige PBA-Tagung überschatteten.

In den rüstungskontrollpolitischen Fragen, die erwartungsgemäß den Schwerpunkt der gemeinsamen Erklärung des PBA bildeten, wären keine neuen Akzente gesetzt

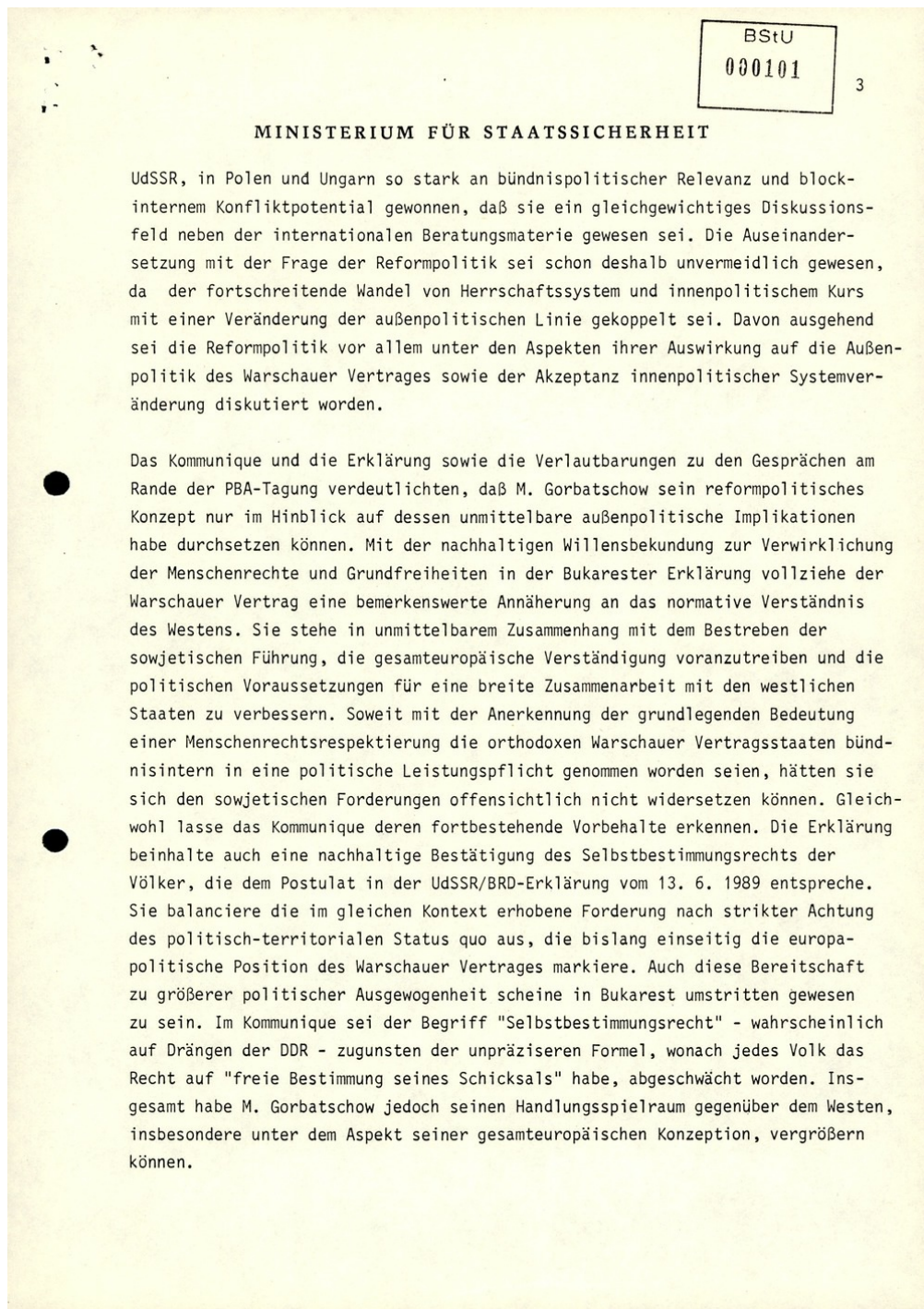
Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, BL 99-103

Blatt 99

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest



Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

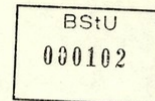


Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, Bl. 99-103

Blatt 101

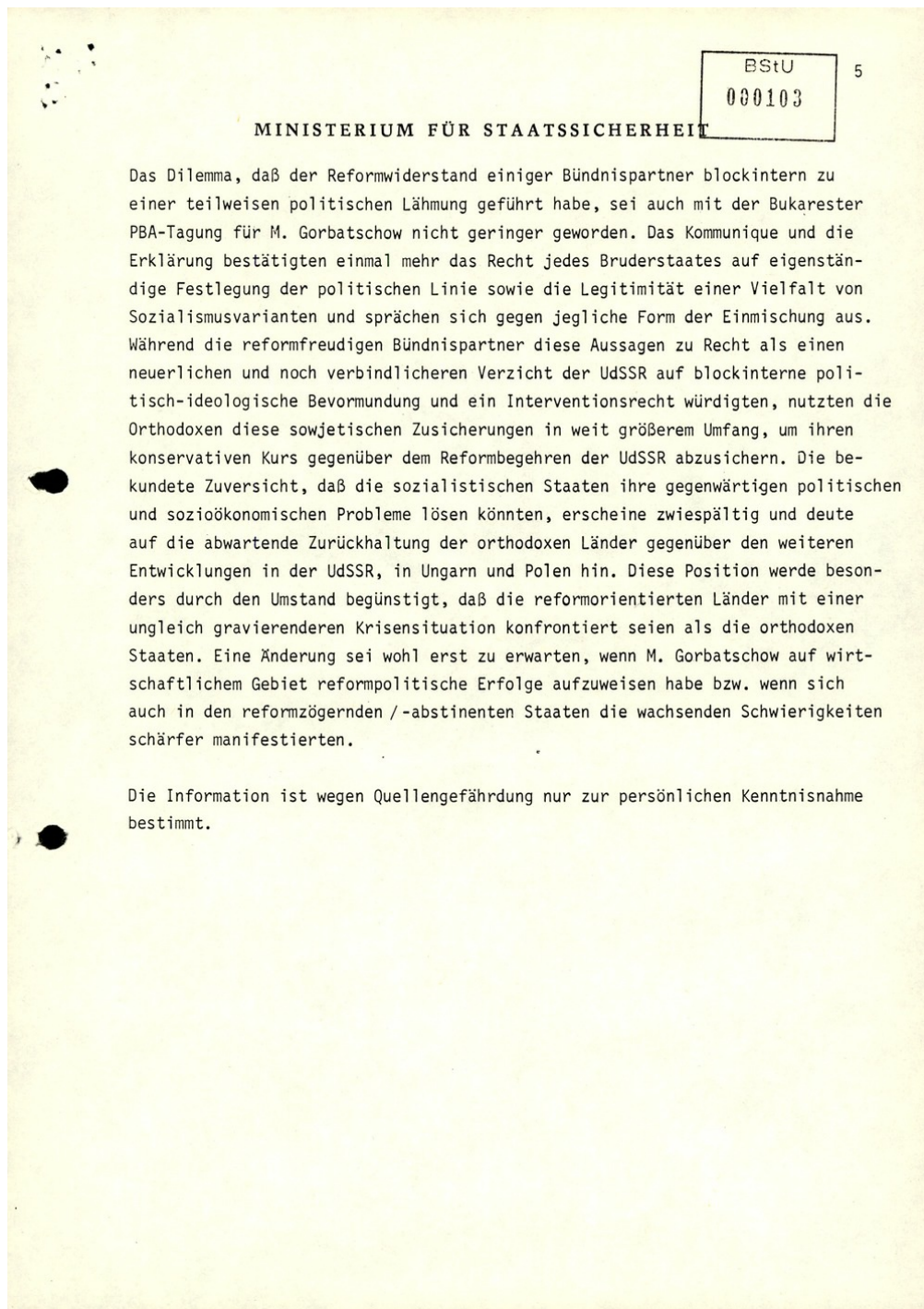
Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



In der Frage politischer Systemveränderung beeinträchtigt der anhaltende Widerstand der orthodoxen Bündnispartner gegen eine stärkere Einbindung in den außenpolitischen Kurs der UdSSR weiterhin die blockinterne Kooperationsfähigkeit und begünstigt die desintegrativen Tendenzen. Zwei wesentliche blockpolitische Zielsetzungen der sowjetischen Führung, die auch mit dem Blick auf die europapolitischen Interessen der UdSSR von eminenter Bedeutung seien, hätten wiederum nicht vorangebracht werden können. Das gelte zunächst für die sowjetischen Bemühungen zur Umstrukturierung der Organisation des Warschauer Vertrages in ein (außen-)politisches Integrationsinstrument. Durch die Erweiterung der Kompetenzen des Generalsekretärs bzw. durch die Installierung eines ständigen politischen Gemeinschaftsorgans (internationales Sekretariat) habe der Warschauer Vertrag unter gesamt-europäischem Aspekt zu einem adäquaten politischen Dialogpartner entsprechend den NATO- und EG-Einrichtungen aufgewertet werden sollen. Da das bisherige organisatorische Reglement beibehalten werde, gebe es für den angestrebten "konstruktiven" Dialog mit der NATO sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet auf höchster politischer Ebene im Warschauer Vertrag weiterhin keinen adäquaten infrastrukturellen Hintergrund.

Ebensowenig konsensfähig sei die beabsichtigte Reform des RGW nach marktwirtschaftlichen Kriterien geblieben. Die für Juli 1989 angekündigte nächste RGW-Ratstagung sei auf November dieses Jahres (Sofia) verschoben worden, um Zeit für das wiederholt anvisierte Arbeitstreffen der Parteichefs sozialistischer Länder zum Problem der RGW-Reform zu gewinnen. Dieser Thematik habe auch das separate Treffen der Parteiführer am Rande der PBA-Tagung gegolten. Nach wie vor werde die Verwirklichung der RGW-Reform (Bildung eines gemeinsamen Marktes), die in Sofia erneut den zentralen Diskussionspunkt bilden solle, trotz formaler Zustimmung- mit Ausnahme Rumäniens- durch die fortgesetzte Abneigung der orthodoxen Bündnispartner gegen eine Umorientierung der eigenen Volkswirtschaften bzw. der bi- und multilateralen ökonomischen Zusammenarbeit auf marktwirtschaftliche Prinzipien behindert. Die UdSSR habe in aller Deutlichkeit aufgezeigt, daß diese Hinhaltenaktik zu einer zunehmenden Beeinträchtigung der blockinternen Wirtschaftskooperation zu Lasten der reformorientierten Länder führe. Um diesen Schwebezustand endlich zu durchbrechen und einen praktikablen Erfolg der vorgesehenen Sofioter RGW-Ratstagung sicherzustellen, sei eine vorherige Problemlösung auf höchster politischer Ebene unumgänglich.

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest**Signatur:** BArch, MfS, HV A, Nr. 644, Bl. 99-103

Blatt 103